

Das Geldthema

Zu Recht hat Ferdel Schröder (PFF) in seiner Stellungnahme am 20. September 2007, einen Arbeitsplatz für Jeden gefordert, insbesondere für junge Menschen. Er blieb aber die Erklärung schuldig, wie das erreicht werden kann!

Die Industrie baut durch Automatisierungen und Auslagerungen, Arbeitsplätze ab, und die kleinen und mittelständischen Unternehmen können wegen der damit verbundenen hohen Steuern und Sozialabgaben nicht genügend neue Arbeitsplätze schaffen.

Dort wo dringend neue Mitarbeiter gebraucht werden, in Alten- und Pflegeheimen, in der Heimpflege, in den Krankenhäusern, im Unterricht und in der Forschung, im Justizwesen und für die vielfältigen Qualitätskontrollen, müsste der Staat als Arbeitgeber aktiv werden. Dem Staat fehlt dazu aber das Geld!

Der Hauptgrund für die schon jetzt viel zu hohen Steuersätze und Sozialabgaben ist nicht etwa, wie oft behauptet wird, der zu kostspielige Regierungs- und Verwaltungsapparat: Sicher muss auch hier dringend vereinfacht und rationalisiert werden. Aber der Hauptgrund warum der belgische Staat nicht mehr genug Geld hat, sogar um seine Kernaufgaben zu erfüllen, liegt in unserem fehlerhaften Geldsystem!

Jahr für Jahr muss nämlich der belgische Staat einen immer größeren Anteil unserer Steuern für die Bezahlung von Zinsen und Zinseszinsen an die privaten Vermögen hergeben, während gleichzeitig die Staatsschuld automatisch immer weiter ansteigt!

Dabei ist zu bedenken, dass das Geld, d.h. die Geldscheine, ja nicht selber "arbeiten", also nicht selber wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert schaffen: Den erbringt ausschließlich die arbeitende Bevölkerung! Mit anderen Worten, die Kernaufgabe des Geldes ist seine Funktion als Tauschmittel, und deshalb ist es die Aufgabe jedes souveränen Staates dafür Sorge zu tragen, dass dieses Tauschmittel "Geld" immer in der genau richtigen Menge, und ohne staatliche Schuldenmache(!), vorhanden ist!

Wie viel Armut und Elend könnte in Belgien abgeschafft werden, wenn das neue Föderalparlament beschließen würde, dass der belgische Staat die Geldhoheit wieder selbst ausüben will! Natürlich müsste der geltende EU-Vertrag beachtet werden und vielleicht müsste deshalb in einem ersten Schritt die noch bestehende Münzhoheit bemüht werden. Aber unter dem Druck einer breit informierten Bevölkerung würden alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, innerhalb weniger Wochen, dem belgischen Beispiel folgen, und der EU-Vertrag, der heute in Finanzfragen nur den Geldvermögen dient, würde sofort abgeändert! Mag sein, liebe Leserin, lieber Leser, dass Ihnen das Alles zu einfach zu sein scheint um wahr sein zu können, es ging mir genauso, als ich anfing mich mit dem Geldthema zu beschäftigen. Trotzdem entspricht das oben Gesagte der Wahrheit. Deshalb regt die VIVANT- Fraktion an, dass endlich auch die anderen politischen Fraktionen des PDG, aber vor allem die sozial ausgerichteten Organisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Geldthema aufgreifen!

Dr. Joseph Meyer

VIVANT- Fraktion im PDG

www.vivant-ostbelgien.org